



Öffentliche Niederschrift der 25. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin: Dienstag, 01.07.2025
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr
Ort: Rathaus, Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal), Hubertusstraße 17, 52477 Alsdorf

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Bemerkung

Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung

Mitglieder

Name

Bemerkung

Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion

Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion

Frau Stv. Samira Backes-El Mahi - SPD-Fraktion

Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion

Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion

Herr Stv. Ingo Gardlowski - SPD-Fraktion

Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion

Frau Stv. Perihan Korkmaz-Yildirim - SPD-Fraktion

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion

Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion

Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion

Herr Stv. Thomas Plikat - SPD-Fraktion

Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion

Herr Stv. Roland Pokall - SPD-Fraktion

Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion

ab TOP 15 öffentlich

Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion
Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Janine Ivančić - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Thomas Langer - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Malecha - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Samantha Holthaus-Turetzek - AfD-Fraktion ab TOP 4 öffentlich
Herr Stv. Markus Matzerath - AfD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Boehm - FBA-Fraktion
Herr Stv. Jörg Peter - FBA-Fraktion

Verwaltung

Name	Bemerkung
Herr Erster Beigeordneter Ralf Kahlen - Dezernat I	
Herr Technischer Dezernent Andreas Dziatzko - Dezernat II	
Herr Dezernent Tim Krämer - Dezernat III	
Herr Michael Hafers - R 1 - Referat Finanzen	
Frau Verena Beylich - A 14 - Rechnungsprüfungsamt	
Frau Annette Klingenberg - A 30 - Rechtsamt	
Frau Yvonne Filipenoks - A 12 - Amt für Rat und Verfassung	
Frau Simone Born - A 12 - Amt für Rat und Verfassung	

Schriftführung

Name	Bemerkung
Frau Christina Esser - A 12 - Amt für Rat und Verfassung	

Abwesend

Mitglieder

Name	Bemerkung
Herr Stv. Heinrich Liska - SPD-Fraktion, Mitglied der FDP-Partei	entschuldigt
Herr Stv. Franco Toccoi - SPD-Fraktion	entschuldigt
Frau Stv. Alexandra Brandt - CDU-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion	entschuldigt
Frau Stv. Lena Pütz - CDU-Fraktion	entschuldigt

Herr Stv. Lukas Matzerath - AfD-Fraktion

entschuldigt

Herr Stv. Norbert Dovern - Fraktionslos

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Bestellung einer Schriftführerin für den Rat der Stadt	2025/0198/A12
3	Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17 der Geschäftsordnung	
4	Bericht der Verwaltung	2025/0201/A12
5	Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal 2024	2025/0206/A20
6	Entwurf des Jahresabschlusses 2024	2025/0165/A20
7	Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2024	2025/0185/A20
8	Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW; hier: Erweiterung und Umbau Pavillongebäude Grundschule Schaufenberg zu einer Schulmensa	2025/0186/A60
9	Überschreitung der Haushaltsansätze im IT-Budget; hier: Überplanmäßige Investitionen im Bereich Zugang Lizenzen	2025/0188/A10
10	Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Quartal 2025	2025/0168/A20
11	Budgetbericht - Umsetzungsstand Haushalt 2025, Stand 31.03.2025	2025/0167/A20
12	Neuordnung des ÖPNV-Umlageverfahrens in der StädteRegion Aachen	2025/0193/A20
13	Vierte Änderung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden der Stadt Alsdorf vom 08.07.1997	2025/0133/A10
14	Änderung des Stellenplanes 2025	2025/0216/A11
15	Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien	2025/0200/A12

TOP	Betreff	Vorlage
16	Genehmigung einer Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW); hier: Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien	2025/0218/I
17	Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst ab dem 15.02.2025	2025/0158/A32
18	Ergänzung der Entgeltordnung des städtischen Hallenbades	2025/0156/A 40
19	Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger:innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	2025/0184/A 50
20	Aufgabenbereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe; hier: a) Fall- und Kostenentwicklung (Stand 31.12.2024) b) Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW	2025/0140/A 51
21	Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz); hier: Neunte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf	2025/0142/A 51
22	Anfragen und Mitteilungen	
22.1	Anfragen und Mitteilungen - Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 23.06.2025; hier: Zukunft des Alten Rathauses Hoengen	2025/0226/A12
23	Antrag auf Teilnahme am Entschuldungsprogramm des Landes entsprechend dem Gesetzesentwurf zur anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen - ASEG NRW)	2025/0210/A20
24	Beteiligungsmanagement; Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH	2025/0192/A20-1
25	Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst	2025/0227/A32

Nichtöffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Bericht der Verwaltung	2025/0202/A12
2	Berichte aus den Gremien	
3	Beteiligungsmanagement; Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH	2025/0192/A20
4	Beteiligungsmanagement; enwor - energie & wasser vor Ort GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages einer mittelbaren Beteiligungsgesellschaft	2025/0208/A20
5	Beteiligungsmanagement; enwor-energie & wasser vor Ort: FACTUR Billing Solutions GmbH: Veräußerung einer Beteiligung	2025/0211/A20
6	Beteiligungsmanagement; Anpassung des Gesellschaftsvertrages der enwor GmbH	2025/0212/A20
7	Neubeschaffung von aktuellen Office Lizenzen; hier: Auftragsvergabe	2025/0190/A10
8	Abschluss eines öffentlich, rechtlichen Vertrages zur Zusammenarbeit in der Initiative "Aqualympiae" Personalgewinnung für die Kommunale Abwasserwirtschaft	2025/0166/A66
9	Einsatz eines Schulbusses für die Kellersberger Grundschüler zur Gemeinschaftsgrundschule Kellersberg/Ost, Pommernstraße 2a, 52477 Alsdorf, für das Schuljahr 2025/2026; hier: Auftragsvergabe	2025/0150/A 40
10	Schülerbeförderung mit Taxen oder Mietwagen für die Elisabethschule und die Gemeinschaftsgrundschule Schaufenberg für das Schuljahr 2025/2026; hier: Auftragsvergabe	2025/0151/A 40
11	Anfragen und Mitteilungen	
12	Beteiligungsmanagement - Anpassung Gesellschaftsvertrag FreizeitObjekte Gesellschaft Alsdorf mbH	2025/0220/A20

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie der Nachtrag zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen,

TOP 17: Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst ab dem
15.02.2025

von der Tagesordnung **abzusetzen**, siehe TOP 25.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 23: Antrag auf Teilnahme am Entschuldungsprogramm
des Landes entsprechend dem Gesetzesentwurf zur
anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land
Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz
Nordrhein-Westfalen - ASEG NRW)

TOP 24: Beteiligungsmanagement; Gründung der Regiotram
Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH

TOP 25: Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst

zu **erweitern**.

Die Erläuterungen zu

TOP 4: Bericht der Verwaltung

TOP 16: Genehmigung einer Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1

Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien wurden **nachgereicht**.

Die Beratungsergebnisse aus dem Hauptausschuss zu

- TOP 5: Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal 2024
- TOP 6: Entwurf des Jahresabschlusses 2024
- TOP 8: Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW;
hier: Erweiterung und Umbau Pavillongebäude Grundschule Schaufenberg zu einer Schulmensa
- TOP 9: Überschreitung der Haushaltsansätze im IT-Budget;
hier: Überplanmäßige Investitionen im Bereich Zugang Lizenzen
- TOP 10: Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Quartal 2025
- TOP 11: Budgetbericht - Umsetzungsstand Haushalt 2025, Stand 31.03.2025
- TOP 13: Vierte Änderung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden der Stadt Alsdorf vom 08.07.1997
- TOP 18: Ergänzung der Entgeltordnung des städtischen Hallenbades

wurden **nachgereicht**.

Die Anfrage der GRÜNE-Fraktion „Zukunft des Alten Rathauses Hoengen“ zu TOP 22 „Anfragen und Mitteilungen“ wurde **nachgereicht**.

Nichtöffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen

- TOP 3: Beteiligungsmanagement; Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH

von der Tagesordnung **abzusetzen**, siehe TOP 24 öffentlich.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um

TOP 12: Beteiligungsmanagement - Anpassung
Gesellschaftsvertrag FreizeitObjekte Gesellschaft
Alsdorf mbH

zu **erweitern**.

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

TOP 10: Schülerbeförderung mit Taxen oder Mietwagen für die Elisabeth-
schule und die Gemeinschaftsgrundschule Schaufenberg für das
Schuljahr 2025/2026;
hier: Auftragsvergabe

Das Beratungsergebnis aus dem Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Technische Dienste zu

TOP 8: Abschluss eines öffentlich, rechtlichen Vertrages zur
Zusammenarbeit in der Initiative "Aqualympiae" Personalgewinnung für die Kommunale Abwasserwirtschaft

wurde **nachgereicht**.

Danach stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird **einstimmig** mit den vorgetragenen Änderungen angenommen.

Weder für den öffentlichen noch für den nichtöffentlichen Sitzungsteil werden Anfragen angemeldet.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

Zu 2 Bestellung einer Schriftführerin für den Rat der Stadt
2025/0198/A12
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf bestellt Frau Caroline Geiger zur Schriftführerin für seine Sitzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 3 Fragestunde für Einwohner/innen der Stadt Alsdorf gemäß § 17
der Geschäftsordnung

Frau Kappes, Einwohnerin, bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes in Bezug auf die Kita Geranienweg.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass die baurechtlichen und technischen Prüfungen abgeschlossen seien und in Kürze mit dem Bau der Containeranlage als Übergangslösung begonnen werden könne.

Herr Miethig, Einwohner, erklärt, dass er in Ofdon an der evangelischen Kirche wohne. Dort seien Bodenschwellen zur Verkehrsberuhigung angelegt worden, diese Bodenschwellen verursachen jedoch Erschütterungen, selbst bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h. An seinem Haus seien dadurch Haarrisse entstanden, die zu bröckelndem Putz führen. Wenn in naher Zukunft durch die Neubauten an der evangelischen Kirche noch mehr Verkehr, vor allem durch Baustellenfahrzeuge, entstehe, verschlimmere sich die Situation. Verkehrsberuhigungen sollten seines Erachtens so gestaltet sein, dass keine Fremdschäden entstehen.

Herr Bürgermeister Sonders bittet Herrn Miethig darum, mit seinem Vorzimmer telefonisch einen Vor-Ort-Termin zur Begutachtung zu vereinbaren.

Zu 4 **Bericht der Verwaltung**
 2025/0201/A12
 Entscheidung

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, bezieht sich auf TOP 18 „Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2022; hier: Baumbepflanzung Innenstadt: "100 Bäume für Alsdorf" des Berichtes der Verwaltung vom 06.12.2022, Dez. II, und fragt, ob es schon Ergebnisse über die verwaltungsinternen Abstimmungen gebe. Des Weiteren bittet er um den aktuellen Sachstand zum Thema „Einrichtung weiterer verkehrsberuhigter Maßnahmen“.

Herr Technischer Dezernent Dziatzko teilt mit, dass die Einrichtung weiterer verkehrsberuhigter Maßnahmen in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung im September zur Tagesordnung gestellt werde, da derzeit noch Abstimmungen mit dem A 32 - Bürger- und Ordnungsamt stattfinden. Bezüglich des Antrags „100 Bäume für Alsdorf“ bittet er um Geduld. Derzeit werde ein städtebaulicher Entwurf für den Zentralparkplatz gefördert und im Rahmen dessen werden die Bäume bei den Grünvernetzungen einbezogen.

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, bemerkt, dass man mit einer Baumneupflanzung nicht so lange warten solle.

Herr Bürgermeister Sonders wendet ein, dass bereits 500 Bäume in Blumenrath gepflanzt worden seien, die Stadt kümmere sich um Neubepflanzung. Hier sei es jedoch sinnvoll, die Bäume im Rahmen des städtebaulichen Entwurfs zu berücksichtigen. Die Vorbereitung dieser Maßnahmen sei bereits gestartet.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in

der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 5 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal 2024
2025/0206/A20
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2024 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 6 Entwurf des Jahresabschlusses 2024
2025/0165/A20
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Jahresabschluss 2024 zur Kenntnis und leitet ihn zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 7 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses 2024
2025/0185/A20
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt, dass auf die Aufstellung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2024 verzichtet wird und beauftragt die Verwaltung für das Haushaltsjahr 2024 einen Beteiligungsbericht zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW; hier: Erweiterung und Umbau Pavillongebäude Grundschule Schaufenberg zu einer Schulmensa
2025/0186/A60

Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Für die Erweiterung und den Umbau des Pavillongebäudes an der Grundschule Schaufenberg zu einer Schulmensa werden außerplanmäßige Haushaltsmittel gem. § 83 GO NRW in Höhe von 188.500 Euro bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Überschreitung der Haushaltsansätze im IT-Budget; hier: Überplanmäßige Investitionen im Bereich Zugang Lizenzen 2025/0188/A10 Entscheidung

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, fragt, wie lange die aktuellen Lizenzen im Einsatz seien. Er weist darauf hin, dass möglicherweise der Support der neuen Lizenzen in ein paar Jahren ebenfalls eingestellt werde. Zudem bittet er um Mitteilung, ob Inkompatibilitäten mit anderen Softwareprogrammen bestehen, wodurch gegebenenfalls noch weitere Kosten entstehen würden.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen weist darauf hin, dass eine intensive Prüfung erfolgt sei. Die beiden Fragen werden schriftlich beantwortet.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Fragen wurden am 02.07.2025 per Mail an Herrn Stv. Langer wie folgt beantwortet:

Zu 1.: Die Lizenzen sind seit ca. 2017 im Einsatz. Der Support wurde seitens Microsoft regelmäßig verlängert und konnte daher auch weiter genutzt werden. Die Office-Version 2016 wurde vor allem deshalb so lange eingesetzt, da sie mit allen im Hause installierten Fachverfahren voll kompatibel war. Dies ist jetzt in einigen Fällen nicht mehr gegeben und neben dem Sicherheitsfaktor auslaufenden Supports weisen auch immer mehr Fachverfahrenshersteller darauf hin, dass sie Office 2016 nicht mehr unterstützen.

Ob 2029 wirklich das Support-Ende von Office 2024 ansteht oder ob Microsoft irgendwann eine Verlängerung des Supports ankündigt, kann nur gemutmaßt werden; hierauf haben wir keinen Einfluss und sind dort vom Hersteller abhängig.

In der Tat steht nach heutigem Stand in 2029 eine erneute Lizenzierung im Raum. Dabei und auch laufend wird eine Umstellung auf Office 365 oder auf Open Volume Verträge immer wieder geprüft und finanziell bewertet.

Zu 2.

Zu den von uns eingesetzten Fachverfahren gibt es keine uns bekannten Inkompatibilitäten und seitens des IT-Dienstleisters wurden auch keine benannt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt der überplanmäßigen Investition gem. § 83 GO NRW in Höhe von 64.500 € im Bereich Zugang Lizenzen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Quartal 2025
2025/0168/A20
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Quartal des Haushaltsjahres 2025 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 11 Budgetbericht - Umsetzungsstand Haushalt 2025, Stand
31.03.2025
2025/0167/A20
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Budgetbericht zum Umsetzungsstand des Haushalts 2025 zum Stand 31.03.2025 der Stadt Alsdorf zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

Zu 12 Neuordnung des ÖPNV-Umlageverfahrens in der StädteRegion
Aachen
2025/0193/A20
Entscheidung

Herr Stv. Heidenreich teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde. Die Einsparungen durch die Neuordnung könnten genutzt werden, um den Ortsverkehr zu verbessern.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf trifft die folgenden Entscheidungen:

1. Er beschließt den derzeit gültigen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Kreis Aachen und seinen kreisangehörigen Städten und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) über deren Mitwirkung bei Entscheidungen des Kreises als Mitglied des „Zweckverbandes Aachener Verkehrsverbund“ (ZV AVV) aus dem Jahr 2002 zu kündigen.
2. Er beschließt den als **Anlage 1** beigefügten neuen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Stadt Alsdorf, der StädteRegion Aachen und den

weiteren regionsangehörigen Städten und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) über deren Mitwirkung bei Entscheidungen als Mitglied des Zweckverbandes AVV einschließlich der ab dem Verbundetat 2026 (Haushalt 2027) anzuwendenden **Anlage 2** zur Ermittlung des Schlüssels zur Umlage des auf die StädteRegion Aachen entfallenden ÖPNV-Fehlbetrages auf die regionsangehörigen Städte und Gemeinden.

3. Gegebenenfalls nachträglich notwendige Änderungen des Vertrages, denen rechtliche Erfordernisse zugrunde liegen oder die sich aus der Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde ergeben, gelten als mitbeschlossen, soweit diese die wesentlichen Inhalte und Regelungen des Vertrages nicht berühren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 13 Vierte Änderung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden der Stadt Alsdorf vom 08.07.1997
2025/0133/A10
Entscheidung**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt die Vierte Änderungssatzung der Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden der Stadt Alsdorf gemäß **Anlage 1**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 14 Änderung des Stellenplanes 2025
2025/0216/A11
Entscheidung**

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erläutert die Vorlage. Der Stellenplan 2025 sei zu ändern, da der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 10.12.2024 die Erhöhung der Stellen im Rettungswesen beschlossen habe. Hierbei sollen 15 Stellen sukzessive eingeplant werden. Durch Einsparungen in bestimmten Bereichen haben diese auf 11,2 Stellen beschränkt werden können. Es ergeben sich dennoch Mehrkosten in Höhe von rund 450.000 €, die jedoch für die Ausstattung des Rettungsdienstes notwendig seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt in Änderung seiner Beschlussfassung zum Stellenplan 2025 vom 19.03.2024 den folgenden Stellenplan für das Jahr 2025 gemäß den **Anlagen 1 - 5**. Die Änderung des Stellenplans wurde u.a. aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt vom 10.12.2024 (Brandschutzbedarfsplan 2024-2029 – Vorlagennummer 2024/0326/A32) erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 15 Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
2025/0200/A12
Entscheidung

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, bittet um Erläuterung, aus welchem Grund diese Umbesetzung durchgeführt werden solle.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass Herr Kämmerer Hafers in dieses Gremium entsandt werden solle, da Herr Erster Beigeordneter Kahlen eine andere Funktion wahrnehmen werde.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, äußert seinen Unmut, dass Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen die Geschäftsführung der FreizeitObjekte Alsdorf GmbH (FOGA) übertragen werden solle, da er bereits einige andere Verpflichtungen habe.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass diese Entscheidung wohl überlegt sei. Es stelle aus seiner Sicht kein Problem dar, da für die FOGA ein weiterer Geschäftsführer bestellt sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf wählt als Ersatz für Herrn Ersten Beigeordneten Ralf Kahlen Herrn Kämmerer Michael Hafers in die **Gesellschafterversammlung der FreizeitObjekte Alsdorf GmbH (FOGA)**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 16 Genehmigung einer Eilentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der
Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Änderung in der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
2025/0218/I
Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt, den Eilbeschluss des Hauptausschusses vom 24.06.2025 gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW nachträglich zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 17 Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst ab dem 15.02.2025
2025/0158/A32
Entscheidung

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu 18 Ergänzung der Entgeltordnung des städtischen Hallenbades

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die unter **Anlage 1** beigefügte 1. Änderungssatzung der Entgeltordnung für das Hallenbad der Stadt Alsdorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 Beratungsergebnis ASSK zu TOP 18 öff.

Zu 19 Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger:innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

2025/0184/A 50
Entscheidung

Herr Dezernent Krämer erklärt, dass die Einführung der Bezahlkarte derzeit in vielen Städten beraten werde. Nach langer Prüfung sowie in Absprache mit der StädteRegion habe sich die Verwaltung gegen die Einführung der Bezahlkarte entschieden. Es sollen weiterhin die Gewährung von Leistungen in Alsdorf in Form von Schecks, Warengutscheinen oder Sachleistungen erfolgen und die Miete werde nach wie vor direkt auf das Konto des Vermieters/der Vermieterin gezahlt. Ein Grund sei, dass eine missbräuchliche Verwendung nicht zu 100 % abzusichern sei. Der Hauptgrund sei jedoch der Anstieg des Verwaltungsaufwandes. Bei der Bezahlkarte gebe es ein „Blacklist- und Whitelistverfahren“. Bei dem Blacklistverfahren seien alle Zahlungen freigeschaltet, die Verwaltung müsste dann alle Transaktionen prüfen und gegebenenfalls Zahlungen sperren. Bei dem Whitelistverfahren sei es genau anders, da müssten die Asylbewerber/innen mitteilen, wohin eine Transaktion erfolgen solle. Deswegen sei die Verwaltung der Auffassung, der Opt-Out Regelung gemäß § 4 der Bezahlkartenverordnung NRW zu folgen und die Bezahlkarte nicht einzuführen.

Herr Stv. Weyand teilt mit, dass innerhalb der CDU-Fraktion noch einige Fragen aufgekomen seien. Er bittet um Mitteilung, wie viele Menschen derzeit betroffen seien. Darüber hinaus fragt er, wie viele Schecks und Warengutscheine in den letzten Jahren ausgestellt worden seien und wie hoch der personelle und zeitliche Aufwand dafür sei. Abschließend stellt er die Frage, wie hoch die Quote für missbräuchliche Verwendung bei dem aktuellen System sei.

Herr Dezernent Krämer führt aus, dass es derzeit 700 Asylbewerber/innen gebe, 820 seien pflichtgemäß aufzunehmen. 150 Personen seien geduldet, bei 323 Personen laufe das Asylverfahren. Circa 80 Personen werden mit der Scheck-Ausgabe betreut. Es gebe jedoch auch Personen, denen das Geld auf das Konto überwiesen werde. Grundsätzlich betreuen fünf Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter die Verfahren, aufgrund von Personalmangel werden die Personenkreise derzeit lediglich von drei Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen verwaltet, was einen hohen Arbeitsaufwand bedeute. Zum Thema missbräuchliche Verwendung erklärt Herr Dezernent Krämer, dass diese kaum möglich sei. Die einzigen Möglichkeiten seien zum einen, dass der/die Asylbewerber/in eine Sozialversicherungstätigkeit ausübt, ohne diese anzugeben. Es finde jedoch ein Datenabgleich statt, sodass dieses Verhalten auffallen würde. Zum anderen könnte es Betrugsversuche geben, wenn der/die Leistungsempfänger/in

beispielsweise mitteilen würde, dass Geld abhandengekommen sei, um eine erneute Auszahlung zu erzwingen. Sofern dieses Vorgehen auffalle, erhalten die Leistungsempfänger/innen Gutscheine oder Geld nur noch in Verbindung mit einem persönlichen Besuch im Amt.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, legt dar, dass es seines Erachtens in Bezug auf einen möglichen Missbrauch keinen großen Unterschied zwischen der Bezahlkarte und einem auszuhändigenden Scheck gebe.

Herr Bürgermeister Sonders betont, dass Missbräuche nie ausgeschlossen werden können. Es sei die Frage, welcher Aufwand für die Betreuung betrieben werden müsse. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass die Einführung der Bezahlkarte mit einem höheren Aufwand verbunden sei. Diese Auffassung haben viele Kommunen, lediglich eine Kommune innerhalb der StädteRegion werde die Bezahlkarte einführen.

Herr Stv. Weyand spricht sich im Namen der CDU-Fraktion gegen den Verwaltungsvorschlag aus. Das bisherige System sei veraltet und mit viel Bürokratie verbunden. Die Verwaltung solle moderner werden und dazu gehöre auch die Einführung einer Bezahlkarte. Auch sei die CDU-Fraktion der Meinung, dass sich der Verwaltungsaufwand langfristig minimiere. Er weist darauf hin, dass viele Kommunen die Bezahlkarte bereits erfolgreich eingeführt haben. Die Karte sei ein Schritt zur besseren Kontrolle und zur Transparenz. Aus diesem Grund beantragt die CDU-Fraktion, den Beschluss wie folgt zu ergänzen: „b): Der Rat beschließt die Einführung einer Bezahlkarte mit einem Whitelistverfahren.“ Dadurch könne Jede/r für sich entscheiden, ob eine Einführung erfolgen solle.

Herr Bürgermeister Sonders betont, dass beide „List-Verfahren“ mit erheblichem Aufwand verbunden seien und die Bezahlkarte deshalb so umstritten sei. Aus Sicht der Verwaltung sei das jetzige System am effizientesten.

Frau Stv. Ivančić erklärt für die GRÜNE-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Nicht nur wegen des höheren Verwaltungsaufwandes, sondern auch weil eine solche Bezahlkarte als solche eindeutig zu erkennen sei und dies die Menschen stigmatisiere.

Herr Bürgermeister Sonders lässt über den CDU-Antrag, eine Bezahlkarte mit dem „Whitelistverfahren“ einzuführen, abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit (bei 7 Gegenstimmen) **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt, rückwirkend ab dem 07.01.2025 (Inkrafttreten) von der Opt-Out Regelung des § 4 Bezahlkartenverordnung NRW (BKV NRW) Gebrauch zu machen und die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte zu erbringen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 7 Gegenstimmen)

Zu 20 Aufgabenbereich der Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe;

hier: a) Fall- und Kostenentwicklung (Stand 31.12.2024)

b) Überplanmäßige Aufwendungen gemäß § 83 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW

2025/0140/A 51

Entscheidung

Frau Stv. Ivančić erklärt für die GRÜNE-Fraktion die Zustimmung zu diesem Punkt. Sie bemerkt jedoch, dass sie bei Beschlussfassung des Haushaltes darauf hingewiesen habe, dass im Bereich „Hilfen zur Erziehung“ hohe Nachzahlungen erfolgen werden. Hierin sehe sie sich bestätigt, wenngleich die überplanmäßigen Ausgaben durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden können.

Herr Bürgermeister Sonders wendet ein, dass es immer wieder Schwankungen in solchen Bereichen gebe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Rat der Stadt stimmt einer überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung gem. § 83 Abs. 2 GO NRW in Höhe von 2.211.068,36 Euro im Bereich der Jugendhilfe zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 Beratungsergebnis JHA zu TOP 20 öff.

Zu 21 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz);

hier: Neunte Änderung der Kinderfördersatzung (Kfs) der Stadt Alsdorf

2025/0142/A 51

Entscheidung

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Neunte Änderung der Kinderfördersatzung der Stadt Alsdorf in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 22 Anfragen und Mitteilungen

Zu 22.1 Anfragen und Mitteilungen

- Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 23.06.2025;

hier: Zukunft des Alten Rathauses Hoengen

2025/0226/A12

Entscheidung

Herr Bürgermeister Sonders beantwortet die Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 23.06.2025.

Die Beantwortung ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen. Es sei begrüßenswert, dass das alte Rathaus nicht abgerissen werde. Er fragt jedoch, aus welchem Grund bisher noch kein Förderantrag für die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden beantragt worden sei, denn Fördermöglichkeiten gebe es bereits seit 2021.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass bisher keine Förderung beantragt worden sei, da die Nutzung des alten Rathauses für städtische Zwecke noch nicht lange feststehe. Eine Ermittlung möglicher Sanierungskosten sei zwischenzeitlich beauftragt worden, diese sei jedoch noch nicht abgeschlossen, da auch eine mögliche Unterbringung der Fahrzeuge des Deutschen Roten Kreuzes und die Erweiterung des städtischen Feuerwehrstandortes zu berücksichtigen sei. Die Verwaltung hoffe, innerhalb der Sommerferien einiges klären zu können. Nach Abschluss werden die Ergebnisse vorgestellt und beraten.

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, bemerkt, dass seit 2022 eine Rückstellung in Höhe von 45.000 € für den Sanierungsbedarf gebildet worden sei. Die Maßnahme sei für 2023 geplant gewesen, allerdings sei nichts umgesetzt worden. Er fragt, aus welchem Grund dies so sei und inwieweit sich die bereits damals festgestellten Schäden verschlechtert haben.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass die Rückstellung für ein einzelnes Gewerk gebildet worden sei. Bis vor einigen Wochen sei man von einer Nichtnutzung des alten Rathauses ausgegangen, deshalb sei kein Geld investiert worden. Das alte Rathaus könne nur in Betrieb gehalten werden, wenn eine Grundsanierung durchgeführt werde. Dafür gebe es Förderprogramme mit bis zu 90 % Förderung für die energetische Sanierung und einen barrierefreien Ausbau. Dies müsse nun detailliert geplant und beantragt werden.

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, erwähnt, dass dies ein wenig an das „Projekt Hallenbad“ erinnere, wo irreparable Schäden zur Schließung geführt haben. Er begrüße jedoch, dass das alte Rathaus saniert und weiter genutzt werden solle.

Mitteilung des Herrn Technischen Dezernenten Dziatzko zum Thema „Baumaßnahme Herzogenrather Straße“

Herr Technischer Dezernent Dziatzko informiert darüber, dass die Arbeiten im Bereich der Fahrbahn abgeschlossen seien. Es müsse noch die Fahrbahndecke aufgetragen werden und danach werde die Fahrbahn wieder freigegeben. Es erfolgen noch kleinere Restarbeiten in den Nebenanlagen, diese beeinträchtigen jedoch nicht den Verkehrsfluss. In Bezug auf die zu errichtende Querungshilfe am Annabad teilt er mit, dass sich die Verwaltung zeitnah mit der Baufirma in Verbindung setzen werde, um den Ausführungszeitraum zu besprechen - möglicherweise innerhalb der Sommerferien.

**Zu 23 Antrag auf Teilnahme am Entschuldungsprogramm des Landes
entsprechend dem Gesetzesentwurf zur anteiligen Entschuldung
von Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen - ASEG NRW)
2025/0210/A20
Entscheidung**

Herr Kämmerer Hafers teilt mit, dass sich sowohl Bund als auch Land dazu bereit erklärt haben, den Kommunen beim Thema „Altschulden“ zur Seite zu stehen. Der Bund habe zu Jahresbeginn eine Änderung des Grundgesetzes gefasst - wie es diesbezüglich weitergehe, müsse man abwarten. Die Grundidee sei, dass die Kommunen 100 € je Einwohner/in Restschuldenbestand behalten und die Restschulden teilen sich Bund und Land. Es bestehe ein Restbestand von circa 21 Milliarden €, Tendenz steigend. Das Land biete nun die Möglichkeit, an einem „Altschuldenprogramm“ teilzunehmen - das Gesetzesverfahren solle in Kürze beginnen. Voraussetzung für die Antragsstellung sei der heute zu fassende Ratsbeschluss, da die Antragsfrist mit Beschluss lediglich vier Monate betrage und die Verwaltung noch einige Arbeitsschritte zu erledigen habe. In den Ratssitzungen werde regelmäßig über den Sachstand dieser Thematik berichtet.

Herr Stv. Heidenreich bedankt sich für die Ausführungen. Das Entschuldungsprogramm der schwarz-grünen Landesregierung werde ausdrücklich begrüßt, da die Stadt durch dieses Programm erheblich entlastet werde. Er hoffe, dass die neue Bundesregierung auch ihren Beitrag dazu leisten werde. Die GRÜNE-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt, an dem Entschuldungsprogramm des Landes entsprechend dem Gesetz zur anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen - ASEG NRW) teilzunehmen und beauftragt die Verwaltung, einen entsprechenden Antrag auf Teilnahme zu stellen. Sollten im Gesetzgebungsverfahren redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, gelten diese als mitgenehmigt.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, regelmäßig über den aktuellen Sachstand bezüglich des Entschuldungsprogrammes zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 24 Beteiligungsmanagement; Gründung der Regiotram Aachen Infra-
strukturgesellschaft mbH
2025/0192/A20-1
Entscheidung**

Herr Stv. Heidenreich teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass das Regionalprojekt zügig fortgeführt werden solle. Den Punkten 1, 6 und 7 stimme die GRÜNE-Fraktion zu.

Bei den anderen Punkten plädiere die GRÜNE-Fraktion dafür, die Gremien Aufsichtsrat und Beirat mit einem/einer weiteren politischen Vertreter/in zu besetzen. Er beantragt für die GRÜNE-Fraktion, folgenden Zusatzbeschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, mit den anderen beteiligten Gesellschaftern eine Änderung des § 7 - Aufsichtsrat sowie § 12 - Beirat des Gesellschaftsvertrags herbeizuführen. Die beiden Gremien sollen anstatt 10 Mitglieder 15 Mitglieder umfassen.“

Herr Bürgermeister Sonders wendet ein, dass mehr Personen die Arbeitseffizienz der Gremien erschweren. Der jetzige Rat der Stadt solle die Entscheidung treffen, da dieser die Thematik begleitet habe. Die Gesellschaft solle zeitnah gegründet werden, im Nachhinein könnten noch Anpassungen vorgenommen werden.

Herr Stv. Heidenreich betont, dass sich die GRÜNE-Fraktion für das Voranschreiten des Regionalprojektes ausspreche, die Vertreter/innen aus der Politik seien aber ihrer Ansicht nach nicht ausreichend in den Gremien vertreten. Sofern der Antrag abgelehnt werde, enthalte sich die GRÜNE-Fraktion zu den Punkten 3 - 5.

Herr Bürgermeister Sonders lässt sodann über den Antrag der GRÜNE-Fraktion, mehr Vertreter/innen seitens der Politik in die Gremien zu entsenden, abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit (bei 9 Gegenstimmen) **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf trifft folgende Entscheidungen:

1. Er stimmt der Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH und dem damit einhergehenden Erwerb eines Stammkapitalanteils in Höhe von 3.333,00 € (Beteiligungsquote von 13,33 %) zu.
2. Er stimmt für die Stadt Alsdorf dem als **Anlage** beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrags der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH zu.
3. Gegebenenfalls nachträglich notwendige Änderungen des Gesellschaftsvertragsentwurfs, die sich aus der Abstimmung mit den Mitgesellchaftern, der Aufsichtsbehörde oder dem Registergericht ergeben, gelten als mitbeschlossen, soweit diese die wesentlichen Inhalte und Regelungen des Gesellschaftsvertrags nicht berühren.
4. Er weist die Vertreter der Stadt Alsdorf in der Gründungsgesellchafterversammlung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH gem. § 113 Abs. 1 GO NRW an, den entsprechenden Beschlussfassungen zuzustimmen und im Rahmen der notariellen Beurkundung die notwendigen Erklärungen für die Stadt Alsdorf abzugeben.
5. Er beschließt die Entsendung folgender Personen in die Gesellchafterversammlung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH:
Technischer Dezernent, Andreas Dziatzko
Vertreter: Erster Beigeordneter, Ralf Kahlen
6. Er stimmt zu, dass die Gesellchafterinnen nach der Gesellschaftsgründung einen Konsortialvertrag abschließen und diesen gemeinsam mit den entsprechenden

Beschlüssen gemäß § 115 GO NRW rechtzeitig vor Vollzug der Aufsichtsbehörde anzeigen.

7. Die vorgenannten Beschlussfassungen stehen unter dem Vorbehalt korrespondierender Beschlüsse der Mitgesellschafter.

Abstimmungsergebnis:

- Zu 1.: Einstimmig
- Zu 2.: Einstimmig
- Zu 3.: Einstimmig (bei 4 Enthaltungen)
- Zu 4.: Einstimmig (bei 4 Enthaltungen)
- Zu 5.: Einstimmig (bei 4 Enthaltungen)
- Zu 6.: Einstimmig
- Zu 7.: Einstimmig

Zu 25 Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst
2025/0227/A32
Entscheidung

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erläutert die Vorlage. Die Krankenversicherungen seien nicht bereit, die Kosten für Fehlfahrten zu erstatten. Aus diesem Grund entstehe für über 1.400 Fehlfahrten ein Kostendefizit. Es habe immer ein gewisses Defizit bestanden, allerdings werde der Fehlbetrag auf über eine Millionen € steigen. Die Verwaltung sei bemüht, die Bevölkerung zu sensibilisieren, die Rettungsdienste nur in einem dringenden Notfall zu alarmieren, um das Kostendefizit eingrenzen zu können. Zukünftig sei eine Möglichkeit, die Kosten für eine Fehlfahrt privat abzurechnen, dies werde man testen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als **Anlage** beigefügte Satzung über die Erhebung der Gebühren für den Rettungsdienst in der Stadt Alsdorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

gez. Sonders
Bürgermeister (Vorsitz)

gez. Esser
Schriftführerin